

Herr Axel Dr. Troost  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin



Münchener Straße 48  
60329 Frankfurt/Main  
Telefon 069/900 281-10  
Telefax 069/900 281-99  
Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)  
Web: [www.attac.de](http://www.attac.de)

23. März 2012

Sehr geehrter Herr Dr. Troost,

der Deutsche Bundestag soll bis zum 25. Mai den „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (Fiskalvertrag) ratifizieren. Aus der Perspektive von Attac Deutschland und vielen Bürgerinnen und Bürgern ist dieser Vertrag eine Bedrohung für die Demokratie und die sozialen Errungenschaften in allen Unterzeichnerstaaten.

Dieser Vertrag stellt einen massiven Angriff auf demokratische Prinzipien und eine substantielle Selbstentmachtung der nationalen Parlamente, auch des Bundestages, dar. Eines der wichtigsten Rechte des Parlaments – das Haushaltsrecht – wird durch den Zwang, Schuldenbremsen in die nationalen Verfassungen einzuführen, sowie durch die automatischen Korrektur- und Sanktionsmechanismen, massiv eingeschränkt. Bei Ländern im Defizitverfahren erhalten die Europäische Kommission und der Rat künftig sogar ein Vetorecht gegenüber den nationalen Haushaltsplänen. Auf diese Weise werden die gewählten Volksvertretungen beschnitten, die Macht der europäischen Exekutive ausgebaut. Die Idee der Gewaltenteilung wird mit Füßen getreten. Dies kann auch durch Wahlen und neue Mehrheiten in den nationalen Parlamenten nicht mehr geändert werden: Der Vertrag kann nur einstimmig aufgehoben werden, ein einseitiges Kündigungsrecht für einzelne Staaten ist nicht vorgesehen.

Außerdem zementiert der Fiskalvertrag – ohne zeitliche Begrenzung – eine ökonomisch unsinnige und unsoziale Politik. Angeblich geht es beim Fiskalpakt darum, Staatsschulden abzubauen. Doch die Einnahmeseite, auf der das wirkliche Problem liegt, bleibt völlig außer Acht. Weder werden die Verursacher der hohen Verschuldung – diejenigen, die mit ihren waghalsigen Spekulationen die Finanzkrise ausgelöst haben, auf die die Staaten mit Milliarden für Bankenrettung und Konjunkturstützung reagiert haben – zur Kasse gebeten, noch wird die Steuerpolitik geändert, die über die letzten Jahre systematisch hohe Einkommen und Vermögen entlastet und somit die Staatshaushalte strukturell geschwächt hat. Damit zwingt der Fiskalvertrag alle Länder zu einer Politik der Ausgabenkürzung. Die Folgen sind absehbar: Sozialabbau, niedrigere Löhne im Öffentlichen Dienst und Privatisierung. Die Last der Sanierung der öffentlichen Haushalte wird den

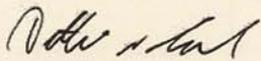
Schwächsten der Gesellschaft aufgebürdet. Aus ökonomischer Perspektive verschärft der Vertrag durch den Kürzungszwang die Rezessionstendenzen in Europa.

Der Fiskalvertrag ist schließlich auch eine Gefahr für den gesamten europäischen Integrationsprozess: Er umgeht das bisherige Europäische Vertragswerk und tritt somit nicht nur das Grundgesetz der Bundesrepublik mit Füßen, sondern zugleich die gesamte europäische Architektur. Ein rechtlich notwendiges Vertragsänderungsverfahren nach Art. 48 des EU-Vertrages wird ignoriert. Überdies wird die Zustimmung der Bevölkerung zum europäischen Integrationsprojekt weiter sinken, wenn die EU nur mehr mit Entdemokratisierung und Sozialabbau assoziiert wird.

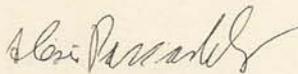
Wir möchten Sie daher dringend auffordern, den Fiskalvertrag abzulehnen. Er widerspricht der Idee eines demokratischen und sozialen Europas.

Mit freundlichen Grüßen

im Namen von Attac Deutschland



Detlev von Larcher  
(AG Finanzmärkte u. Steuern)



Alexis J. Passadakis  
(Mitglied im Rat)



Roland Süss  
(Mitglied im Koordinierungskreis)